

+++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ G

ARBEITGEBER BEDAUERN: LÄNDER MÜSSEN BEI DER BILDUNG SPAREN

Potsdam, 16. Januar 2026 – In der zweiten Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder, die am 15. und 16. Januar 2026 in Potsdam stattfand, haben die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot für Tarifsteigerungen vorgelegt.

Stattdessen drückten die Verhandler*innen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ihr Bedauern aus, dass die Haushaltslage derzeit keine Entgeltsteigerungen in Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen zulasse. Insbesondere müsse bei der Bildung gespart werden - von der Kita bis zur Hochschule.

Entsprechend war die Haltung der Arbeitgeberbank zu fast allen gewerkschaftlichen Forderungen ablehnend: Soziale Komponente? Nein! Gewerkschaftsbonus? Nein! Tarifvertrag für studentische Beschäftigte? Nein! Kündigungsmöglichkeit der Sonderregelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst? Nein! Für die Entgelterhöhungen stellen sie sich eine lange Laufzeit von 29 Monaten vor mit Erhöhungen knapp über der Teuerungsrate. Ein konkretes Angebot legten sie nicht vor.

Immerhin: ein paar Themen sollen bis zur dritten Verhandlungsrounde in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe weiter besprochen werden. Darunter die schon lange überfällige stufengleiche Höhergruppierung und die Paralleltafel für angestellte Lehrkräfte ab dem 1. September 2028. Das wäre für viele Lehrkräfte, die jetzt noch davon profitieren würden, zu spät. Und die Arbeitgeber haben auch schon Gegenforderungen angekündigt. Ob es in der dritten Verhandlungsrounde hierzu ein annehmbares Angebot gibt, ist also noch ungewiss.

GEW-Tarifchefin Annett Lindner äußerte sich fassungslos angesichts dieses Verhaltens der Länder-Arbeitgeber: "Die TdL erweist sich einmal mehr als Tarif-Verhinderungsgemeinschaft. Mir fehlt jegliches Verständnis dafür, dass sehenden Auges bei der Bildung gespart werden soll. Schon jetzt fehlt in allen Bildungssektoren Personal. Wer bei der Bildung spart, setzt die Zukunft der Kinder aufs Spiel. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Die GEW ruft ab sofort bundesweit zu Warnstreiks auf!"

Die dritte Verhandlungsrounde ist für den 11./12. Februar 2026 in Potsdam vorgesehen.

